

«Familie und Beruf»: Bisher tiefe Stimmbeteiligung

Abstimmung Die Meinungen zur Initiative der Wirtschaftskammer sind offensichtlich noch nicht gemacht. Damit ist der Ausgang noch völlig offen.

Manuela Schädler
mschaedler@medienhaus.li

Viel wird in den Leserbriefspalten und sozialen Medien über die Initiative «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer diskutiert. Und trotzdem ist der Rücklauf der Stimmkuvertsverhalten, wie eine Umfrage bei den Liechtensteiner Gemeinden zeigt. So haben in Schaan bisher 30 Prozent der

Stimmberechtigten den Stimmzettel zurückgeschickt. In Gamprin beträgt die Stimmbeteiligung bisher 36,5 Prozent, in Triesenberg 36 Prozent, in Eschen 33 Prozent und in Balzers 37,8 Prozent. Im Vergleich zu anderen Abstimmungen sei dieser Rücklauf eher unterdurchschnittlich, wie die Gemeinden mitteilen. Gamprins Vorsteher Donath Oehri bezweifelt, dass eine sonst übliche

Stimmbeteiligung von 65 bis 75 Prozent erreicht wird.

Abstimmungsausgang noch offen

Die Initiative beinhaltet die Regelung des Mutterschaftstaggeldes sowie die Kita-Finanzierung. Umstritten bei den Gegnern ist dabei, dass die Familienausgleichskasse (FAK) die Finanzierung übernehmen soll. In der Be-

völkerung ist allerdings eine Grundsatzdebatte um Familienmodelle entflammt. Es scheint jedoch, dass viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ihre Meinung noch nicht gemacht haben. Der Abstimmungsausgang vom kommenden Sonntag ist also noch offen. Die Initianten und das Gegenkomitee erwarten, dass das Abstimmungsergebnis knapp ausfallen wird.

Knappes Abstimmungsresultat erwartet

Familie und Beruf Sowohl Befürworter als auch Gegner wollen keine genaue Prognose über das Abstimmungsresultat der Initiative der Wirtschaftskammer stellen. Beide sind sich einig, dass das Thema so oder so noch lange nicht vom Tisch ist.

Der Abstimmungssonntag zur Initiative «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer rückt näher. Und obwohl sich viele Leserbriefschreiber negativ zur Initiative äussern, scheint der Ausgang der Abstimmung noch offen zu sein. «Auch wenn Umfragen und Leserbriefe das Gefühl vermitteln, dass die Chancen für ein Neingut stehen, ist es schwierig zu beurteilen, wie es wirklich aussieht», sagt Herbert Elkuch vom Gegenkomitee. «Wenn das Ergebnis zu unseren Gunsten ausgeht, dann wird es sicher kein überwältigendes Nein», fügt er an. Auch für Jürgen Nigg vom Initiativkomitee

ist der Abstimmungsausgang schwierig abzuschätzen. «Wir sind aber guten Mutes, dass wir die Abstimmung knapp gewinnen können», sagt er. Denn es seien immer wieder dieselben Personen, die sich in Leserbriefen negativ zur Initiative äussern würden.

«Thematik wird vermischt»

Während des Abstimmungskampfes ist eine emotionale Grundsatzdebatte in der Bevölkerung über verschiedene Familienmodelle entflammt. Viele sehen die Initiative als Angriff auf

das traditionelle Familienmodell, wonur ein Elternteil erwerbstätig ist. «Viele Stimmbürger vermischen diese Thematik mit unserer Initiative. Dies ist das grosse Problem», sagt Jürgen Nigg. Das hätte sich vor allem bei Gesprächen am Informationsstand des Initiativkomitees an der Lihga herauskristallisiert. Doch laut den Initianten soll diese Gesetzesänderung ein erster Schritt in Richtung Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein. «Die gesellschaftspolitischen Fragen müssen von den Parteien und der Regierung geklärt werden», so Nigg. Die Aufklärungsarbeit an der Lihga sei

deshalb ein wichtiger Schritt im Abstimmungskampf gewesen.

Ursprünglich wollte das Initiativkomitee den Fokus auf die Neuorganisation des Mutterschaftstaggeldes legen. Mit der Schlagzeile «Schwangerschaft darf nicht länger eine Krankheit sein» sollte das Thema in den Mittelpunkt der Diskussionen gerückt werden. Die Bevölkerung ist allerdings nicht auf diesen Zug aufgesprungen und hat sich in die Debatte um die Kita-Finanzierung verbissen. «Das ist schade. Denn eigentlich ist das Mutterschaftstaggeld das grössere Thema, wenn auch beide

Anliegen wichtig sind», sagt Jürgen Nigg.

«Stillstand wird es keinen geben»

Dass die Kita-Finanzierung neu geregelt werden muss, davon ist auch Herbert Elkuch vom Gegenkomitee überzeugt. «Es müssen alle Institutionen für ausserhäusliche Betreuung gleich behandelt werden», betont er. Und auch betreffend dem Mutterschaftstaggeld müsse eine neue Lösung her. «Allerdings ist die Initiative der falsche Weg.» Dass die finanziellen Mittel aus der Familienausgleichskasse (FAK) bezogen werden sollen, sieht er als pro-

blematisch an. «Es ist einfach nicht durchdacht.»

Sowohl Jürgen Nigg als auch Herbert Elkuch sind überzeugt, dass dieses Thema die Politik weiter verfolgen wird – egal wie die Abstimmung ausgeht. «Wir haben das Thema angestossen, dies ist bereits ein Teilerfolg», sagt Nigg. Auch Herbert Elkuch ist sich sicher, dass ein Nein nicht einen Stillstand bedeuten wird. «Wir vom Gegenkomitee arbeiten bereits an Vorschlägen, welche die momentane Situation verbessern könnten.»

Manuela Schädler
mschaedler@medienhaus.li